



## Fakten und Argumente

Angela Merkel und Edmund Stoiber sind sich einig: Nach einem spannenden Kandidatenverfahren ist jetzt der nächste Schritt: die Siegeschancen, die die Union am Anfang dieses Jahres hat, auch in die Tat umsetzen.



Foto: FAZ, Torsten Silz

EDMUND STÖIBER:

AM 31. JANUAR ...

findet ab 17 Uhr mit **Edmund Stoiber** und **Angela Merkel** im CongressCenter, Messe Frankfurt/Main, eine Großveranstaltung zur Einstimmung in den Bundestagswahlkampf statt. Näheres: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

### Mit großer Zuversicht in den Wahlkampf

**Liebe Freundinnen und Freunde in der CDU!**

Wir stehen gemeinsam vor einer großen Aufgabe. Wir wollen wieder die politische Verantwortung in Deutschland übernehmen. Unser Land muss vom Tabellenende wieder in die Spitzengruppe Europas ge-

führt werden. Als Kanzlerkandidat von CDU und CSU stelle ich mich der Verantwortung. Gemeinsam mit Angela Merkel bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. Wir können diese Herausforderung erfolgreich bestehen!

Fortsetzung Seite 2

LAURENZ MEYER:

Wir werden 2002 zu einem Jahr des Aufbruchs und des Wechsels machen.  
SEITE 14-17

*Fortsetzung von Seite 1*

Schneller als von vielen erwartet stehen CDU und CSU heute auf gleicher Augenhöhe mit der Bundesregierung und liegen in vielen Kompetenzfeldern sogar vor Rot-Grün.

### Die Diffamierungen der SPD werden die Menschen nicht überzeugen

Unser politischer Gegner wird zusehends nervöser: Mit verbalen Entgleisungen und teuren Anzeigen versuchen SPD und Grüne, der Herausforderung durch unsere Argumente zu begegnen. Wer auf persönliche Diffamierung setzt, überzeugt die Menschen von heute aber nicht!

### Wir werden einen Kompetenzwahlkampf führen

CDU und CSU werden um jede Stimme für eine bessere Politik in Deutsch-

land werben – mit Kompetenz und mit Sachargumenten. Versprechungen, die gebrochen werden, haben die Menschen satt. Wir setzen auf Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit!

### Wir müssen gemeinsam anpacken – für Deutschland

Deutschland steht unter Rot-Grün in einem wirtschaftlichen Abstiegskampf: Wir haben das geringste Wachstum und die höchsten Schulden in Europa. Die Arbeitslosigkeit steigt. Deshalb müssen wir gemeinsam anpacken für den Aufschwung!

Die Rentenkassen sind unter Rot-Grün so leer wie nie zuvor, Zwei-Klassen-Medizin ist bittere Realität in Deutschland. Wir wollen anpacken, damit alte, kranke und pflegebedürftige Menschen wieder dem Sozialstaat vertrauen können, damit die soziale Balance zwischen Jung und Alt wieder

ins Lot kommt. Die neuen Länder drohen unter Rot-Grün den Anschluss zu verlieren. Wir können in Deutschland aber nur gemeinsam Wohlstand, soziale und innere Sicherheit haben. Deshalb wollen wir anpacken, damit die neuen Länder aufholen.

### Alle Chancen auf Wahlsieg

Rot-Grün hat heute weder Kompetenz noch Visionen für die Zukunft. Deshalb haben wir eine realistische Chance für eine neue, an unseren Werten orientierte Politik in Deutschland. Gemeinsam mit Angela Merkel baue ich auf das Vertrauen und das Engagement aller Mitglieder und Freunde von CDU und CSU. Mit Geschlossenheit, einem starken Team und den besseren Konzepten können wir mit großer Zuversicht in den Wahlkampf ziehen!

*Ihr Edmund Stoiber*

## DOKUMENTATION

Die PDS in Berlin.  
Wohin die Reise geht:  
Rot-Rot in Berlin –  
Rot-Rot für Deutschland?

INNENTEIL

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

# Edmund Stoiber ist der **Kanzlerkandidat** der Union für die Bundestagswahl 2002

## Zur Entscheidung über die Kanzlerkandidatenfrage der Unionsparteien erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel am 11. Januar in Magdeburg:

Ich habe Edmund Stoiber heute Morgen in Wolftrahausen besucht und mit ihm gemeinsam gefrühstückt. Wir haben bei diesem Frühstück vereinbart, dass Edmund Stoiber der Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl 2002 sein wird. Ich habe diesen Vorschlag entsprechend unseres Beschlusses des Dresdner Parteitages soeben dem Bundesvorstand unterbreitet, und er ist einstimmig akzeptiert und bestätigt worden.

### Was hat zu dieser Entscheidung der beiden Parteivorsitzenden geführt?

Ich habe immer gesagt, Kanzlerkandidat der Union soll derjenige werden, der die größten Siegeschancen hat. Was gehört an Kriterien zu den größten Siegeschancen? Neben der Eignung zur Kanzlerkandidatur – und der

Bereitschaft selbstverständlich –, messe ich dem Kriterium der Geschlossenheit allergrößte Bedeutung zu. Ich glaube, dass die Geschlossenheit der Union mit dem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber hervorragend herzustellen ist, und deshalb halte ich diesen Vorschlag für richtig.

Ich habe den Bundesvorstand gebeten – und das aus tiefster Überzeugung –, dass wir nach einem spannenden Kandidatenverfahren jetzt den nächsten Schritt im Wahlkampf tun und das, was

wir an Siegeschancen am Anfang dieses Jahres haben, auch in die Tat umsetzen.

### Unsere Siegeschancen auch in die Tat umsetzen

Ich werde meinen Beitrag zusammen mit Edmund Stoiber dazu leisten, dass diese Siegeschancen nicht nur eine Möglichkeit sind, sondern dass sie Realität werden. Und zwar aus tiefer Überzeugung und mit großer Leidenschaft.

## MEINUNGSFORSCHUNG

### Union bei Wahlumfrage **klar vorn**

**Die Unionsparteien haben allen Grund, optimistisch in das Wahljahr zu blicken.**

Im neuesten DeutschlandTrend hat das Meinungsforschungsinstitut dimap ermittelt, dass CDU und CSU zum ersten Mal seit Juni 2000 in der Wählergunst wieder vor der SPD liegen. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden 39 Prozent der

Bürger CDU bzw. CSU wählen und nur 37 Prozent die SPD. Die FDP liegt derzeit bei neun Prozent. Auf die PDS entfielen sieben Prozent der Stimmen, auf Bündnis 90/Die Grünen sechs Prozent.

Damit gibt es einen klaren Stimmungsumschwung innerhalb der Bevölkerung zu Gunsten von Schwarz-Gelb, von dem in erster Linie die Union profitiert.

## Edmund Stoiber setzt auf **Kompetenz**

**Leistungswettbewerb**  
Kaum ist Stoiber nominiert, begibt sich nicht nur der SPD-Chef-Manager in die Niederungen der Auseinandersetzung, sondern der Bundeskanzler folgt ihm so gleich. Eine unfreiwillige Demonstration: Wäre es so, wie die SPD-Führenden argumentieren – Stoiber hätte schon verloren. Der tut aber das Unerwartete: Er pariert den persönlichen Angriff mit staatsmännischer Geste. Diffamierungen werde es mit ihm nicht geben. Stoiber setzt auf Kompetenz und zwingt so Rot-Grün einen für die Regierenden gefährlichen Leistungswettbewerb auf.

Rheinische Post

### Gegenkonzept

Deutschland nimmt Abschied von der vermeintlichen Alternativlosigkeit der Schröderschen Politik. Edmund Stoiber ist für die Schröder-Regierung der denkbar un bequemste Kandidat. Sein Elan, sich in Sachthemen einzuarbeiten, gespiegelt in der Lust, ganze Parteitage mit gerade von ihm erschlossenen Sachthemen zu befassen, kennzeichnet ihn als

das Fleisch gewordene Gegenkonzept zu Schröder. Dieser wird in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend mit den Problemen identifiziert, die er von seiner Person fernzuhalten versuchte. Seine „ruhige“ Hand wurde zum Inbegriff eines präsidial herablassenden Gestus. Das unbestimmte Gefühl, dass sich in diesem Land so vieles ändern muss, gepaart mit dem Unwillen, auch den Schmerz der Veränderung zu ertragen, ist typisch für Deutschland zu Beginn dieses Wahljahres. Die Welt

### Grund zum Zittern

„Wir haben keine Angst vor Edmund Stoiber“, behauptet die Führung der SPD. Sogar der Bundeskanzler sagt das. Doch warum meint er, das beteuern zu müssen? Seit ganz Deutschland davon spricht, dass der bayerische Ministerpräsident dem Kanzler gefährlich werden könnte, greift im Lager der SPD die Auto-suggestion um sich: Nein, er ist nicht unser Angstgegner. Wenn Müntefering nichts Besseres einfällt, als die 20 Jahre alten Requisiten der „Stoppt-Strauss-Kampa-

gne“ aus dem Keller zu holen, dann hat Schröder allen Grund zum Zittern.

Frankfurter Allgemeine

### Lautes Pfeifen

Die Herren gaben sich unerschrocken. Rezzo Schlauch schob Brust und Bauch vor sich her, als wolle er den Bayern regelrecht beiseite schubsen. Franz Müntefering eilte ebenso entschlossen vor die Kameras und hieb in der ihm eigenen Kaderrhetorik auf den ausgemachten Feind aus dem Süden ein. Nur das Kanzleramt ruhte in der Berliner Wintertrübe. Gleichwohl: Es geht ein lautes Pfeifen durch den rot-grünen Forst. Im Kanzleramt und in den Partezentralen haben sie lange Gesichter gemacht, als die jüngsten Umfragewerte auf den Tisch kamen. Schröder knapper denn je vor Stoiber, die Union vor der SPD – das hatte es lange nicht gegeben. „Im Moment besteht die Gefahr, dass die Stimmung kippt“, gesteht ein Stratege. „Kein leichter Kandidat“ zu sein, wird Edmund Stoiber immerhin zu gebilligt.

Süddeutsche Zeitung

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

## CDU und CSU in allen Sachfragen auf einer Linie

„CDU und CSU liegen in allen Sachfragen nahezu deckungsgleich auf einer Linie.“ Darauf hat Generalsekretär **Laurenz Meyer** hingewiesen.

Ein gemeinsames Wahlprogramm könne deshalb in relativ kurzer Zeit erstellt werden, sagte Meyer zum Abschluss der Klausurtagung des Bundesvorstands am 12. Januar in Magdeburg. Die Eckpunkte dieses Wahlprogramms werden der Öffentlichkeit so schnell wie möglich vorgestellt.



### Wahlkampfführung wird eng aufeinander abgestimmt

Nach der Klärung der Kandidatenfrage müssten jetzt die organisatorischen und finanziellen Aspekte der Wahlkampfplanung in Angriff genommen werden. Da CDU und CSU nur knapp die Hälfte des Geldes zur Verfügung stehe, über das die SPD verfüge, handele es sich um eine „sehr schwere Ausgangsposition“. Laurenz Meyer kündigte in diesem Zusammen-

hang an, dass die Spitzen der beiden Unionsparteien die inhaltlichen und organisatorischen Fragen der Wahlkampfführung in den kommenden Tagen und Wochen eng aufeinander abstimmen werden. Die durch die Entscheidung der beiden Parteivorsitzenden hergestellte Geschlossenheit der Union sei ein „ganz hohes Gut“, das mit „Zähnen und Klauen“ verteidigt werden müsse.

In der Magdeburger Erklärung „Man kann auch *gut* regieren“ (**Wortlaut: Seite 7 – 11**) bekräftigt die Union ihren Anspruch, im September 2002 wieder die politi-

sche Führung in Deutschland zu übernehmen.

Zusammen mit Experten hat der Bundesvorstand der CDU Wege aus der Massenarbeitslosigkeit diskutiert. Dabei waren Bernhard Jagoda als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, der Wirtschaftswissenschaftler Ulrich van Suntum (Bertelsmann Stiftung) und der frühere Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Johannes Ludwig.

### Nutzung embryonaler Stammzellen auf der Tagesordnung des Bundestags

Bereits am 11. Januar hatte sich der Vorstand mit der Frage der Nutzung embryonaler Stammzellen in Deutschland beschäftigt. Dieses Thema stand deshalb auf der Tagesordnung, weil der Bundestag am 30. Januar darüber entscheiden wird, ob in der Bundesrepublik an Stammzelllinien aus dem Ausland geforscht werden darf und wie der Import geregelt werden soll. Der Generalsekretär machte deut-

## Der Kombilohn allein bringt keine dauerhafte Beschäftigung

**Zu den neuesten arbeitsmarktpolitischen Vorschlägen der SPD erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die rot-grüne Bundesregierung ist auf dem Holzweg, wenn sie glaubt, dass allein die deutschlandweite Ausdehnung des Mainzer Kombi-Lohn-Modells ihre Fehlleistungen der letzten Jahre bei der Arbeitsmarktpolitik rückgängig machen kann.

Bereits vor zwei Jahren hat die Union konkrete Vorschläge zum Kombi-Lohn gemacht, die von der Regierung Schröder stets zurückgewiesen wurden.

Angesichts der dramatisch steigenden Arbeitslosigkeit bewegt sich die Regierung jetzt auf uns zu.

Kombi-Löhne können aber nur in einem beschäftigungspolitischen Gesamtpaket ihre volle Wirkung entfalten. Werden die Arbeitsanreize beispielsweise in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht gleichzeitig verbessert und der Arbeitsmarkt flexibilisiert, verpuffen Kombi-Löhne und verursachen lediglich hohe Kosten.

Mit dem Mainzer-Modell wurden in Rheinland-Pfalz nach über eineinhalb Jahren gerade knapp 700 Kombi-Lohn-Stellen geschaffen. In Brandenburg, wo das Modell ebenfalls getestet wird, sind es nur knapp über 100. Die Praxis zeigt, dass angesichts von rund zwei Millionen Arbeitslosen mit geringer Qualifikation Kombi-Lohn-Modelle

allein eine zu vernachlässigende Größe sind.

Um Beschäftigungspotentiale im Niedriglohnsektor zu aktivieren, plädiert die Union daher für ein umfassendes Beschäftigungspaket. Hierzu gehören befristet staatliche Hilfen wie der Kombi-Lohn, aber ebenso wichtig sind Strukturverbesserungen. Beschäftigungsfördernde Anrechnungsbestimmungen bei Aufnahme einer Tätigkeit, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die deutliche Erhöhung des Lohnabstands zwischen Mindestlohn und Sozialhilfesatz sind dringend notwendige Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der strukturellen Probleme im Niedriglohnsektor.

lich, dass der Bundesvorstand die Abgeordneten in dieser Sachfrage nicht auf ein einheitliches Abstimmungsverhalten festlegen wolle, da es sich um eine „Gewissensfrage“ handele.

Schließlich habe der Vorsitzende der Arbeitsge-

meinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, dem Bundesvorstand die Sorgen der Kommunen geschildert. Insbesondere durch die rot-grüne Steuerreform und die wirtschaftliche Entwicklung seien die

Kommunen „in schwieriges Fahrwasser“ geraten, so dass viele Leistungen für die Bürger gefährdet sind. Meyer forderte deshalb die Bundesregierung auf, schnell zu handeln und Teile der Steuerreform rückgängig zu machen.

# Man kann auch **gut** regieren

## ■ Deutschland steht am Ende des rot-grünen Experiments.

Die SPD und ihr grüner Koalitionspartner sind mit ihrem Anspruch, das Land erfolgreich in das neue Jahrtausend zu führen, gescheitert.

## ■ Die deutsche Wirtschaft steckt in der Rezession.

Das geringste Wirtschaftswachstum und die schlechteste Finanzierungsquote der öffentlichen Haushalte in der Europäischen Union zeigen, dass die Fehler auf nationaler Ebene gemacht wurden.

## ■ Vier Millionen Menschen sind ohne Arbeit.

Das ist auch die Folge eines durch Rot-Grün überreglementierten und verkrusteten Arbeitsmarktes. Kein soziales Sicherungssystem, von der Rente bis zur Krankenversicherung, wurde durch wirklich tragfähige Reformen beitragsstabil und zukunftssicher gemacht.

## ■ Leistung lohnt sich immer weniger.

Die Steuerreform ist im

Ansatz stecken geblieben. Arbeitnehmer und kleine und mittlere Personenunternehmen werden benachteiligt, obwohl sie das eigentliche Fundament unserer Wirtschaftskraft bilden. Die geringen Entlastungen bei den privaten Einkommen werden durch stetig steigende Steuern und Abgaben an anderer Stelle sofort wieder entzogen. Von einer Senkung der Lohnnebenkosten ist nichts zu sehen.

Am Beginn des Wahljahres 2002, nach drei verlorenen Jahren unter Rot-Grün, ist offensichtlich: Deutschland braucht eine neue poli-

tische Führung. Eine Regierung, die willens und in der Lage ist, durchdachte und tragfähige Konzepte für die drängenden Zukunftsfragen zu entwickeln und durchzusetzen.

**Deshalb hat die CDU ein klares Ziel:** Wir wollen in diesem Jahr, gemeinsam mit der CSU, wieder die

stärkste politische Kraft im Deutschen Bundestag werden. Und wir haben eine klare Aufgabe: Mit einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung Politik so zu gestalten, dass die Menschen in Deutschland das Beste aus ihren Chancen machen können.

## Für eine andere Politik

Die CDU tritt an für eine Politik, die bereit ist, neue Wege zu gehen. 1998 hatten viele Menschen das Gefühl, dass die Union diese Innovationskraft nicht mehr in ausreichendem Maße besaß. Deshalb hat sich die CDU seitdem intensiv ihrer umfassenden programmatischen Erneuerung gewidmet.

Heute – nach dem Dresdner Parteitag – bietet die CDU das modernste und geschlossenste Politikangebot der deutschen Parteienlandschaft. Von der Familienpolitik über Zuwanderung und Bildung bis hin zur Gestaltung der Wirtschafts- und Arbeitswelt – zu allen zentralen Fragen haben wir neue und detaillierte Lösungen entwickelt.

Diese langfristig tragen-

BUNDESVOR-  
STANDSBESCHLUSS  
VOM 12. JANUAR

den Konzepte werden wir der kurzlebigen Nachbesserungspolitik, die das Land unter Rot-Grün erlebt hat, entgegenstellen. Die Reformmaßnahmen der Bundesregierung können weder eine wachsende Wirtschaft noch soziale Sicherheit für alle gewährleisten. Der dramatische Anstieg der Krankenkassenbeiträge ist nur ein Indiz dafür.

Auf der Basis ihrer inhaltlichen Arbeit steht die CDU für eine zupackende und aktive Politik, anstatt wie die Bundesregierung mit „ruhiger Hand“ darauf zu hoffen, dass die Leistung anderer Länder Deutschland mitzieht. Als bevölkerungsreichste Nation mit der größten Volkswirtschaft in Europa haben wir nicht nur die Verantwortung, sondern auch den Anspruch, unser Land vorbildlich zu gestalten.

Wir treten an mit einer Politik, die sich klar abgrenzt, ohne auszugrenzen. Unterscheidbarkeit – gerade zwischen den großen Volksparteien – ist die Voraussetzung für politischen Wettbewerb zum Besten unseres Landes.

Wir wollen eine Politik, die im Zweifel wieder auf Freiheit und Initiative setzt, anstatt auf Probleme mit Reglementierung und Umver-

teilung zu reagieren. Rot-Grün versucht es heute wieder mit Antworten, die bereits in den siebziger Jahren gescheitert sind. Der Glaube an den Staat ist ungebrochen: Steuererhöhungen in der Rezession sind das beste Beispiel.

### ■ Für eine Politik der Mitte

Unsere Politik richtet sich an die politische Mitte. Um ihre Zustimmung werben wir. Politik der Mitte bedeutet, alle Bevölkerungs- und Altersgruppen anzusprechen. Dabei wenden wir uns gezielt auch an die Menschen, die wir 1998 nicht mehr in ausreichendem Maße erreicht haben: **die weiblichen Wähler** – auch und gerade alleinerziehende Frauen –, von denen viele die Frage stellen, wie sie Familie und Berufstätigkeit miteinander vereinbaren können; **die Menschen in den neuen Bundesländern**, die noch immer in besonderem Maße von wirtschaftlichen Problemen und Arbeitslosigkeit betroffen sind; **die Arbeitnehmer**, die sich fragen, warum sich ihre Leistung immer weniger auszahlt; **die Selbständigen und Existenzgründer**, deren Idealismus und

Tatkraft von staatlichen Vorschriften immer enger eingezäunt wird.

Wir freuen uns über die große Zustimmung, die die CDU seit 1998 in vielen Wahlen gerade von den **jungen Wählern** erhalten hat. Darauf setzen wir auch in diesem Jahr, denn junge Menschen haben ein gutes Gespür dafür, wo ihre Zukunftschancen am besten sind.

Genauso wenden wir uns aber auch an **die ältere Generation**, die wie keine andere von den Versprechungen der SPD vor der Bundestagswahl getäuscht wurde. Lebensleistung verdient Anerkennung – das gilt auch für einen ehrlichen Umgang mit den Sorgen und Erwartungen älterer Menschen.

Mit unserer Politik der Mitte wollen wir der „schweigenden Mehrheit“ in diesem Land wieder eine Stimme geben. Diese Menschen mussten in den letzten Jahren feststellen, dass sie zunehmend an den Rand des politischen Geschehens gedrängt wurden. Leistungsbereite Geringverdiener, deren Einkommen nur noch die Sozialhilfesätze erreichen; mittelständische Unternehmer, die sich immer mehr Bürokratie und unverändert hoher Abgabenlast gegenübersehen; Einwoh-

ner der Ballungsgebiete, denen Kriminalität immer offener vor ihrer Haustür begegnet; Familien mit mehreren Kindern, denen schon die Ökoststeuer das Kindergeld wieder entzieht.

Für diese Menschen werden wir besonders eintreten. Dabei gilt, dass wir jedem die Chance eröffnen wollen, aus seinen Fähigkeiten und Neigungen das Beste zu machen. Es gibt für jeden eine Aufgabe.

---

### Für eine Politik der Ehrlichkeit

Die CDU steht für eine Politik, die die Menschen ernst nimmt und ihnen ehrlich sagt, was auf sie zukommt. Die gebrochenen Wahlversprechen des Bundeskanzlers haben das Vertrauen in politische Führung erschüttert. Die Arbeitslosigkeit steigt ebenso wie die Lohnnebenkosten, von den Lohnnebenkosten, von den angekündigten Rentensteigerungen sind nur Bruchteile geblieben – nahezu keine Ankündigung wurde eingehalten.

Wir werden den Menschen nichts versprechen, was wir nicht halten können. Das ist der Anspruch, an dem wir uns in diesem Wahljahr messen lassen werden.

Ehrliche Politik bedeutet auch, dass man eigene Fehler eingesteht und daraus entschieden die Konsequenzen zieht. Die CDU hat dies in einem intensiven und schmerzhaften Prozess im Zuge ihrer Finanzaffäre getan und sich organisatorisch und personell neu aufgestellt.

Die gleiche Ehrlichkeit und Transparenz erwarten wir aber auch von unseren politischen Konkurrenten. Deshalb fordern wir die SPD weiterhin auf, endlich Klarheit über die Strukturen und Finanzströme der von ihr gehaltenen Medienbeteiligungen und sonstigen Vermögenswerte zu schaffen.

---

### Für eine Politik klarer Grundsätze

Die CDU versteht sich als die politische Kraft, die technologischen und gesellschaftlichen Wandel gestaltet und gleichzeitig an grundlegenden Werten und Orientierungen festhält. Der 11. September des vergangenen Jahres hat uns allen schonungslos vor Augen geführt, dass das Wertefundament unserer Gesellschaft immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss.

Deshalb wenden wir uns entschieden gegen die Poli-

tik der SPD, die die PDS einerseits zu Recht für die Verweigerung internationaler Solidarität anklagt, andererseits aber in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin ihre politische Macht mit den SED-Nachfolgern sichert. Grundüberzeugungen sind nicht teilbar. Das sehen auch diejenigen so, die wegen der rot-roten Bündnisse jetzt die SPD verlassen.

Überall dort, wo die SPD auf die „Entzauberung“ der PDS gesetzt hat, sind Verödung, Verarmung und eine weitere Stärkung der PDS eingetreten. Zwei der neuen Bundesländer sind bereits an das Tabellenende in Deutschland gewirtschaftet worden. Der rot-rote Koalitionsvertrag von Berlin zeichnet denselben Weg für die Bundeshauptstadt vor.

Wir setzen in diesem Jahr auf die Menschen, die diese Zustände ändern und auf Bundesebene verhindern wollen. Denn eines ist klar: Wer selbst in der Stadt des Mauerbaus nicht vor dem Bündnis mit der PDS zurückschreckt, hat die PDS als strategische Koalitionsoption im Bund längst eingepplant.

In Sachsen-Anhalt stehen die Signale schon jetzt auf einen politischen Wechsel bei der Landtagswahl im

April. Die Bürger spüren, dass es eine CDU-geführte Landesregierung braucht, damit Investoren, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze zurückkehren. Dafür kämpfen wir in den nächsten Wochen.

### Für eine Politik der Verantwortung

Wir werben für eine Politik, bei der Verantwortung wieder mehr als ein Etikett ist. Nach innen wie nach außen gilt, dass den Worten Taten folgen müssen.

Wir begrüßen, dass weite Teile der Regierungskoalition sich zur Bündnistreue gegenüber unseren Partnern in der Welt durchgerungen haben. Jahrzehntlang haben wir gegen erbitterten Widerstand dafür gekämpft. Aber Bündnistreue verlangt die Wiederherstellung voller Bündnisfähigkeit. Wir werden die Bundeswehr in die Lage versetzen, mit hoher Effizienz und größtmöglicher Sicherheit für den einzelnen Soldaten ihren Auftrag zu erfüllen.

Verantwortliche Politik ist vorausschauende Politik. Sie muss heute erkennen, wo morgen der Schuh drückt. Deshalb wollen wir jetzt mit einer umfassenden Steuerung und Begrenzung der

Zuwanderung in unser Land dafür sorgen, dass die Integrationskraft unserer freizeithaltigen Gesellschaft, die Aufnahmekraft unseres Arbeitsmarktes und das Leistungsvermögen unserer Sozialsysteme gewährleistet bleiben.

Gleichzeitig wollen wir die Attraktivität unserer Forschungs- und Bildungslandschaft so erhöhen, dass Deutschland zum Anziehungspunkt für Spitzenkräfte aus der ganzen Welt wird. Unser Ziel ist eine weltweite Spitzenstellung in der Wissenschaft, der Garant für die Arbeitsplätze von morgen. In den 80er Jahren sagte man weltweit bewundernd „made in Germany“ – „gemacht in Deutschland“. In der Wissensgesellschaft des neuen Jahrtausends brauchen wir einen neuen Markenzeichen: „Erdacht in Deutschland“.

### Für eine Politik mit Resultaten

SPD und Grüne haben die Regierungsarbeit schon zum Jahresende 2001 eingestellt. Kein Problem wird mehr gelöst. Umso wichtiger ist es, dass wir uns gut gerüstet haben und unmittelbar nach dem Regie-

rungswechsel in konkrete Reformprojekte einsteigen können.

Wir werden die Verkrustung des Arbeitsmarktes aufbrechen, damit 4 Millionen Menschen nicht länger um ihre Chancen gebracht werden. Dazu gehören Anreize zur Aufnahme von Tätigkeiten im Niedriglohnbereich, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Abschaffung der bürokratischen Fesseln durch das 630-DM/325-Euro-Gesetz und das Scheinselbständigkeitsgesetz und der Ausbau flexibler Arbeitszeiten.

**Zwei Prinzipien werden wir dabei durchsetzen:** Wer arbeitet muss mehr bekommen, als derjenige der nicht arbeitet. Es gibt keine Leistung, wo eine mögliche Gegenleistung in Zukunft nicht erbracht wird.

**Wir werden** ein einfaches und gerechtes Steuersystem schaffen, das vor allem die große Zahl der durchschnittlich verdienenden Menschen entlastet und Schluss macht mit der Benachteiligung mittelständischer Unternehmen.

**Wir werden** Investitionen in Infrastruktur und Zukunftstechnologien zu Lasten konsumtiver Ausgaben stärken.

**Wir werden** die Famili-

FRIEDRICH MERZ:

## Herr Schröder, es wird Zeit, dass Sie sich den Problemen stellen

**SPD und Grüne reagieren erkennbar nervös auf den Kanlerkandidaten der Union. Ihr erster Versuch, Edmund Stoiber als „rechts“ und rückwärtsgewandt zu diffamieren, ist gründlich gescheitert.**

Dieser Politikstil war vielleicht vor zwanzig Jahren noch modern. Heute erwartet die Bevölkerung, dass Politiker Antworten auf die Herausforderungen zu Zeit geben. Sie wollen wissen, wie die Probleme Dutschland gelöst werden sollen. Wer jedoch – wie der Bundeskanzler und sein Ge-



neralsekretär – nur Polemik und persönliche Herabwürdigungen

zu bieten hat, wird seiner Aufgabe nicht gerecht.

Vier Millionen Arbeitslose erwarten vom Bundeskanzler, dass er entschlossene Schritte gegen die Massenarbeitslosigkeit unternimmt.

Herr Schröder, es wird Zeit, dass Sie sich den Problemen stellen. Hören Sie auf, Ihren Angstgegner persönlich herabzusetzen.

ständnisse abtrotzen. Viele Menschen haben sich in den letzten Jahren von der Politik abgewandt, weil sie sich mit ihren Vorstellungen und Wünschen, aber auch mit ihrer Sprache und Sichtweise dort nicht mehr wieder gefunden haben.

Das wollen wir ändern. Wir wollen den Menschen Freiheit und Verantwortung zurückgeben: mit weniger Bürokratie, einfacheren Strukturen und für den Ein-

zelnen nachvollziehbaren Regelungen.

Wir wollen in die Regierungsverantwortung zurückkehren, nicht als Selbstzweck, sondern damit wir etwas verändern können. Wir wollen zeigen, dass man dieses Land auch gut regieren kann.

**Gemeinsam mit den Menschen werden wir mehr aus Deutschland machen.** **UD**

enförderung mit der Einführung eines Familiengeldes auf eine neue Grundlage stellen. Kein Kind soll von Sozialhilfe abhängig sein.

**Wir werden** die Beitragsstabilität der Sozialsysteme wiederherstellen, indem wir bürokratische Wassertürme abbauen und die Risiken ausgliedern, die der Einzelne tragen kann. Durch unsere Steuerreform werden wir Spielräume schaffen, die dem Einzelnen auch die erhöhte Maß an Eigenvorsorge ermöglichen.

**Wir werden** entschlossen gegen Kriminalität einschreiten und ein Klima der Sicherheit wiederherstellen. Das beginnt bereits im Kleinen: mit konsequenten Schritten gegen Vandalismus, Schmierereien und Belästigungen. Aber auch gegen die Organisierte Kriminalität und den internationalen Terrorismus werden wir wirksamer vorgehen, als es die von den Grünen gebremste Bundesregierung vermochte.

### Für eine Politik der Partnerschaft

Die CDU steht für eine Politik, in der sich politische Führung und Bürger nicht als Gegner gegenüberstellen, die sich einander Zuge-

ANGELA MERKEL:

## Für eine **sichere Zukunft** unserer Landwirtschaft

Eine klare Absage hat die Parteivorsitzende Angela Merkel der Forderung der Grünen nach einer „Agrarwende“ erteilt. „So etwas brauchen wir nicht“, sagte sie am 15. Januar auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin.

Schließlich habe Deutschland bereits „als Vorreiter in Europa“ höhere Umwelt- und Verbraucherschutzstandards in der Agrarproduktion eingeführt. Zuvor hatte Bauernpräsident Gerd Sonnleitner die Parteivorsitzende als „Liebling seines Verbandes“ auf dem ErlebnisBauernhof begrüßt. Dort können sich die Besucher der Grünen Woche über moderne Verfahren in Ackerbau und Tierhaltung informieren.

Peter Harry Carstensen, Vorsitzender der Bundestagsausschusses für Ver-



H.-W. Ronsöhr, A. Merkel, P.H. Carstensen, G. Sonnleitner

braucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, und der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, begleiteten Angela Merkel bei ihrem Rundgang.

Die Politik müsse darauf achten, so Angela Merkel, dass innerhalb der Europäischen Union „die gleichen Anforderungen“ für alle Bauern gelten. Konkret sei es die Aufgabe von Ministerin Künast, die Anliegen der deutschen Landwirte in Brüssel durchzusetzen. Da dies jedoch nur mangelhaft geschehe, werde die Union nicht nachlassen, für faire Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Bauern in

Europa zu kämpfen.

Außerdem sprach sich Angela Merkel dagegen aus, ökologische und konventio-

nell arbeitende Bauern gegeneinander auszuspielen. Der Bürger als „mündiger Verbraucher“ müsse „frei entscheiden“ können, welche Produkte er kauft. Der Staat sollte keine Vorgaben machen. Die Parteivorsitzende machte deutlich, dass das von Ministerin Künast eingeführte Biosiegel „sehr enttäuschend“ ausgefallen sei.

Um ihren Anspruch von 20 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erfüllen, habe die Verbraucherschutzministerin die Standards für das Biosiegel herabgesetzt. Damit orientiere sie sich zwar an den niedrigeren europäischen Normen, nicht jedoch an den Standards, „für die sich die deutschen Ökobauern ausgesprochen haben“.

Ausdrücklich plädierte Angela Merkel für den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland; „Die Bauern sind ein fester Bestandteil der deutschen Kultur und unserer Traditionen.“

UD



**MIT 2,5 PROZENT** war die Jahresteuersatzrate 2001 so hoch wie seit sieben Jahren nicht mehr. Höher waren die Verbraucherpreise mit einer Inflationsrate von 2,7 Prozent zuletzt 1994. Besonders stark war der Preisaufruf zu Anfang des Jahres. Im Mai betrug er 3,5 Prozent.

**AUF UNTER EINE MIO** ist im letzten Jahr erstmals in der Nachkriegszeit die Zahl der Beschäftigten am Bau gesunken. Aufgrund der anhaltenden Krise in dieser Branche rechnet der Präsident des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, Ignaz Walter, mit dem Verlust von weiteren 40- bis 60-tausend Stellen.

**MEHR ALS 200.000** Mitglieder haben im vergangenen Jahr trotz verstärkter Eigenwerbung die acht DGB-Gewerkschaften verloren. Zahl der DGB-gewerkschaftlich Organisierten: noch etwa 7,9 Millionen.

**UNABLÄSSIG STEIGT** in Deutschland bundesweit der Anteil der Jugendlichen, die ohne Abschluss die Hauptschule verlassen. Er lag Ende des Schuljahres 1999/2000 bei 8,3 Prozent der deutschen Schüler, bei 9,2 Prozent, wenn man die

## Skandal um SPD-Immobilien

**Medienberichten zufolge hat die SPD-eigene Konzentration GmbH in den neunziger Jahren Immobilien an die SPD zu Dumpingpreisen vermietet. Die SPD hat diese Grundstücke teilweise für ihre Geschäftsstellen genutzt.**

Nach den bisher veröffentlichten Zahlen besteht der schwerwiegende Verdacht, dass die Mietzinsen deutlich unter den Marktpreisen liegen, die üblicherweise zu erzielen sind. Solche unter dem Marktwert liegenden Mietzinsen sind geldwerte Leistungen der Konzentration GmbH zu Gunsten der SPD, die als Sachspenden hätten verbucht werden müssen.

Spenden der Konzentration GmbH sind in den Rechenschaftsberichten der SPD jedoch nicht verzeichnet. Die Sozialdemokraten haben hier massiv gegen das Parteiengesetz verstoßen.

### Längst überfällig

Der Sachverhalt ist dem Bundestagspräsidenten seit August 2001, d. h. seit fünf Monaten bekannt. Es ist ein Skandal, dass die Überprüfung der Angelegenheit bis heute offensichtlich nicht abgeschlossen ist. Das Ergebnis der Überprüfung ist lange überfällig. Dies ist ein weiterer offenkundiger Beleg für die Einseitigkeit und Parteilichkeit des Bundestagspräsidenten.

ausländischen Schüler in die Berechnung einbezieht.

**NEUER LEITER** der Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist seit dem 1. Januar Matthias Graf von Kielmansegg (36). Seine berufliche Laufbahn hat er in der Berliner Senatskanzlei begonnen, im Referat Großinvestitionen/Flughafenpolitik und im EU-Bereich der Berliner Landesvertretung.

### DIE PRESSEARBEIT

der Jungen Union hat als Nachfolger von Michael Brand seit November letzten Jahres Sebastian Gehrold übernommen. Neben Studium und verschiedenen Praktika z.B. bei der Nachrichtenagentur Reuters und in der Pressestelle des Bundestags hat er auch das Programm der „Journalistischen Nachwuchsförderung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung durchlaufen. **UID**

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

# Wir werden 2002 zu einem Jahr des Aufbruchs und des **Wechsels** machen

■ **Im Dezember waren 3,96 Millionen Menschen erwerbslos. Damit lag die Zahl bereits den fünften Monat in Folge höher als der Vorjahreswert.**

■ **Die Arbeitslosenquote stieg binnen eines Monats von 9,2 Prozent auf 9,6 Prozent. Saisonbereinigt steigt die Arbeitslosenzahl seit einem Jahr ununterbrochen an.**

■ **In den neuen Ländern lag sie mit 17,6 Prozent fast doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Auch die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen sinkt weiter.**

Das sind alarmierende Zahlen, und hinter jeder Zahl stehen Menschen-schicksale. Das darf diese Regierung nicht vergessen, wenn sie jetzt starrköpfig und wider besseres Wissen Arbeitsmarkt-reformen verweigert.

Nach Berechnungen des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ summierte sich im Jahr 2001 die Zahl der offenen und verdeckt Arbeitslosen auf 5,58 Millionen Per-

sonen. Die in der Statistik ausgewiesene Zunahme an Arbeitsplätzen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Arbeitsvolumen insgesamt rückläufig ist. Das vom Bundeskanzler medienwirksam in Szene gesetzte „Bündnis für Arbeit“ hat nichts bewirkt und ist inzwischen als gescheitert anzusehen.

Was hat Herr Schröder nicht alles versprochen, bevor er Bundeskanzler wurde. Hier der berühmte Satz, den er am 27. Juli 1998 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Nürnberg gesagt hat:

**„Wenn wir es in den ersten Jahren nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren.“**

Das ist wohl eine der wenigen Aussagen, mit denen Herr Schröder Recht hat. Er hat mit den Hoffnungen der Menschen gespielt, und er hat sie getäuscht.

Der Bundeskanzler hat sich in seiner eigenen Klientelpolitik verheddert. Jetzt sitzen ihm die Traditionalisten der SPD im Nacken.

Auch nur beim kleinsten Ansatz von Strukturreformen, wie beim Thema Kombi-lohn, gibt es einen Aufschrei bei den Gewerkschaftlern in der SPD. Herr Schröder hat sich eingemauert zwischen den verschiedenen Flügeln seiner Partei und ist damit handlungsunfähig.

Im Wahljahr will er sich keine Auseinandersetzung in der eigenen Partei leisten, und die Konsequenz ist Stillstand.

So stellt sich Schröder das Jahr vor: erst Winterschlaf, dann Frühjahrs-müdigkeit, dann Sommerpause, dann ein bisschen Wahlkampf.

Angesichts der massiven Probleme, die es zu lösen gilt, stellt sich Deutschland nur noch eine Frage:

■  
**Wann wird endlich regiert?**

Wir werden diese Bundesregierung mit dieser Frage immer wieder konfrontieren. Und wir werden nachlegen. Wir werden dieses Thema zum Schwerpunkt im Wahlkampf machen. Das ist das Unterschei-



dungsmerkmal zwischen SPD und CDU: Denn diese Regierung kann es nicht.

An Stelle von mehr Flexibilität und damit zusätzlichen Beschäftigungschancen hat diese Bundesregierung eine bürokratische und kostenträchtige Hürde nach der anderen errichtet. Beispielfhaft sind hier die Regelungen zu den 630-DM-Jobs, der Scheinselbstständigkeit, dem Kündigungsschutz, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und bei der befristeten Beschäftigung. Das Betriebsverfassungsgesetz wurde so novelliert, dass es lediglich Bürokratie und Funktionäre stärkt, die Sozialpartnerschaft schwächt und laut IW Köln die Wirtschaft jährlich 2,7 Mrd. DM kostet.

Es gehört zu den bitteren Wahrheiten, dass die CDU in allen Positionen Recht be-

halten hat. Die von Rot-Grün eingeleiteten so genannten Reformen waren konzeptionell falsch angelegt und in sich widersprüchlich. Sie entfalten keinerlei positive Wirkung. Sie haben allerdings den Bürokratieaufwand in Deutschland auf einen Höchststand getrieben. Die Folge ist unübersehbar:

### 700.000 neue Arbeitslose gehen auf das Konto von Schröder

Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln geht von bis zu 4,5 Millionen Arbeitslosen im nächsten Jahr aus – und das, obwohl es eine konjunkturelle Erholung zur Jahresmitte zugrunde legt. Das wäre der höchste Stand im wiedervereinigten Deutschland! Und dies alles, obwohl der Ar-

beitsmarkt allein aus demografischen Gründen um über 700.000 Arbeitnehmer seit 1999 entlastet wurde.

Nach nur 0,6% Wachstum, von denen der Sachverständigenrat der Bundesregierung für das Jahr 2001 ausgeht, droht uns im Jahr 2002 noch Schlimmeres.

Deutschland ist mitten in einer Rezession. Wenn nicht sofort gehandelt wird, müssen wir von einem Wachstum zwischen 0 Prozent und 0,5 Prozent ausgehen.

Das ist die das Ergebnis der ruhigen Hand im Jahre vier der Regierung Schröder.

„Rumschrödem“ ist in Deutschland zum Synonym für schönreden geworden. Aber die Fakten sprechen eine klare Sprache: Zum Beispiel 33.000 Unternehmenspleiten. Das ist mehr als ein trauriger Rekord von Rot-Grün. Dabei haben schon mehr als eine halbe Million Menschen ihren Arbeitsplatz verloren.

In kürze werden wir mehr als 4 Millionen Arbeitslose haben und viele Menschen haben Angst, dass sie dazu gehören.

Im Laufe des letzten Jahres hat die Arbeitslosenquote in Deutschland den EU-Wert überschritten. Seit den 50er Jahren hat es das nicht mehr gegeben. Laut EU-Kommissionsbericht

vom 21. November 2001 werden wir sowohl in 2001 als auch 2002 und 2003 schlechter als die EU insgesamt abschneiden.

Seit Einführung der Arbeitslosenstatistik in Europa, seit 1964, ist es das erste Mal, dass Deutschland über dem EU-Durchschnitt in der Arbeitslosenstatistik liegt.

Diese Regierung muss sich was schämen, Deutschland in diese Lage gebracht zu haben. Man kann wirklich mehr aus Deutschland machen. Die Menschen sind fleißig. Sie wollen arbeiten und ihre Familien selbst ernähren. Aber Herr Schröder verbaut ihnen alle Chancen.

---

■

### Wir brauchen für unser Land:

- endlich Flexibilisierung am Arbeitsmarkt, die Neueinstellungen möglich machen,
- weniger Bürokratie, insbesondere für die kleinen und mittleren Betriebe,
- neue Impulse in den unteren Lohnbereichen, damit Arbeitsuchende endlich wieder lohnt.

Es wirkt wie Hohn, wenn selbst heute noch die SPD-Vertreter von einer Steuerentlastung in Höhe von 30 Mrd. Euro sprechen. Allein die Steuererhöhungen und Abgaben zum 1. Januar 2002 fressen davon 15

Mrd. Euro wieder auf.

Deutschland braucht tiefgreifende Steuerreformen. Unser Konzept, das wir umsetzen werden, ist:

- Vorziehen der geplanten Steuerentlastungen 2005 auf 2003,
- echte Entlastung der Arbeitnehmer und des Mittelstandes durch eine breit angelegte Steuerreform zu 2005,
- diese echten Entlastungen sind überhaupt erst die Voraussetzungen für eine nachhaltige Reform der sozialen Sicherungssysteme und für mehr Eigenverantwortung.

Wir stehen vor dringenden Problemen. Der Kanzler hat unser Land runtergewirtschaftet. Die CDU bietet den Menschen wirksame und faire Reformen an.

Für die CDU gilt der Grundsatz: Sozial ist, was Arbeit schafft. Wir werden dem alten Grundsatz wieder Geltung verschaffen. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik ist die beste Voraussetzung für neue und dauerhafte Arbeitsplätze sowie eine stabile soziale Sicherheit.

Wir werden deshalb die Interessen des Mittelstandes wieder stärker zum Leitfaden der Wirtschaftspolitik machen. Wir brauchen vor allem neue mittelständische Betriebe. Jeder, der ein solches Unternehmen gründet, schafft Arbeitsplätze für drei

bis vier Menschen. Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Betriebe im zunehmend internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig sein lassen.

Gerade kleine und mittlere Betriebe mit nur geringen Verwaltungs-Ressourcen leiden unter dem Übermaß an zu viel Bürokratie.

Wir werden eine umfassende Initiative zur Bürokratiebefreiung starten, um Gesetze und Verordnungen von Regelungen zu entropeln, die wirtschaftliche Tätigkeit unnötig erschweren und die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindern.

Arbeit für alle gehört zum Kern sozialer Gerechtigkeit. Wir werden die Arbeitsmarktpolitik darauf ausrichten, Arbeitslosen Brücken zu bauen für ihre Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt. Dazu werden wir die Mittel zur Förderung des zweiten Arbeitsmarktes umschichten zu Gunsten geringfügig und niedrig entlohnter Beschäftigter.

---

■

### Wir brauchen insgesamt wieder mehr Markt am Arbeitsmarkt

Wir werden die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem „Sozialgeld“ zusammenführen. Unser soziales

Sicherungssystem beschränkt sich bisher im wesentlichen darauf, Arbeitslosigkeit zu alimentieren. Es setzt zu wenig Anreize zur Arbeitsaufnahme und begünstigt im Ergebnis die Schwarzarbeit. Wir wollen dem Grundsatz „Keine Leistung ohne mögliche Gegenleistung“ wieder stärkeres Gewicht verschaffen. Deshalb werden wir den Bezug von Sozialgeld für Arbeitsfähige konsequent an die Aufnahme von Arbeit oder an Qualifizierung oder an gemeinnützige Tätigkeit binden, sofern entsprechende Angebote gemacht werden können. Die ungute Kombination von Sozialtransfers plus Schwarzarbeit muss abgelöst werden durch eine Kombination von regulärer Arbeit und ergänzenden Sozialtransfers. Wir brauchen mehr Anreize für Empfänger von Sozialtransfers, auch niedrig entlohnte Tätigkeit oder Teilzeitarbeit zu suchen und anzunehmen.

Wir werden die Zeitsouveränität der Arbeitnehmer stärken, indem sie die Möglichkeit erhalten, langfristige Arbeitszeitkonten anzulegen, die gegen Insolvenz geschützt sind und beim Arbeitsplatz- oder Arbeitgeberwechsel übertragen oder ausbezahlt werden.

Wir befürworten die Ein-

# 4 MIO. ARBEITSLOSE: WANN WIRD ENDLICH REAGIERT?

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

**CDU**

führung eines Optionsrechtes, wonach Arbeitgeber und ältere Arbeitnehmer in der Mindesthöhe gesetzlich vorgeschriebene Abfindungsregelungen im Gegenzug für einen Verzicht auf Kündigungsschutzklage vereinbaren können. Dadurch können die Einstellungschancen älterer Langzeitarbeitsloser erheblich verbessert werden, da der Mut zu Neueinstellungen dadurch gefördert wird. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist alarmierend. Der traurigste Rekord ist, dass ein Drittel aller Arbeitslosen Langzeitarbeitslose sind.

Gleichzeitig sollen ältere Arbeitnehmer das Recht erhalten, unbeschränkt befristete Beschäftigungsverhältnisse einzugehen.

Um die hohen Lohnnebenkosten vorerst zu senken, kommen wir um ein

mehr an Eigenverantwortung und einen erhöhten Grad an Wahlmöglichkeiten des Einzelnen nicht herum. Es geht um Wahlmöglichkeiten bei den Tarifen, mehr Transparenz und mehr Wettbewerb.

Fast alle anderen EU-Staaten sind uns hierbei weit voraus, ohne dass auch nur im Entferntesten „sozialpolitische Katastrophen“ an der Tagesordnung wären. Vielmehr konnten Lohnnebenkosten zurück gefahren und Verlässlichkeit und Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme in neuer Form zurück gewonnen werden.

**Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger haben eine bessere Regierung verdient. In diesem Sinne werden wir 2002 zu einem Jahr des Wechsels und des Aufbruchs machen! UD**



## ARBEITSMARKT

---

 Fataler Irrtum
 

---

Eine Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen verdient, hat nicht stattgefunden. Der Kanzler, der vorgab, sich ihr mit höchstem Vorrang widmen zu wollen, hat insofern die Wähler getäuscht. Er hat es versäumt, das „Bündnis für Arbeit“ zu einem Instrument zu machen, dass sich den notwendigen Reformen Zug um Zug widmet. Einen Reformvertrag zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften wie in Holland hat es nicht gegeben. Stattdessen hat der Kanzler geglaubt, den Abbau der Arbeitslosigkeit dem Selbstlauf des Aufschwungs überlassen zu können. Das war ein fataler Irrtum.

Berliner Zeitung

---

 Strohhalme
 

---

Seit Ende vergangenen Jahres werden Wetten darauf abgeschlossen, wann die ruhige Hand des Kanzlers zu zucken beginnen und nach

arbeitsmarktpolitischen Strohhalmen greifen würde. An Ratschlägen, wohin er greifen soll, fehlt es nicht. Die Gewerkschaften rufen nach gesetzlicher Begrenzung der Überstundenzahl, große Teile der SPD setzen auf das neuerdings wieder als Wundermittel verkaufte Kombilohnmodell, die Grünen veranschlagen dafür schon die runde Summe von 500 Millionen Euro neuer Schulden allein in diesem Jahr. Beide Mittel, das dirigistische der Gewerkschaften und das subventionspolitische der Grünen, sind aber längst ausgereizt. Mit gesetzlichen Maßnahmen hat Schröder bereits Hunderttausende von abgabefreien 630-Mark-Jobs geopfert, die Verzögerung der Lohnfortzahlung und die Lockerung des Kündigungsschutzgesetzes rückgängig gemacht. Gerade letzteres hat die Überstunden noch einmal in die Höhe getrieben, denn was dem Schutz der Arbeitsplatzbesitzer diente, musste sich zwangsläufig zuungunsten der Besitzlosen auswirken.

Frankfurter Allgemeine

## STEUERN

---

 Chaos
 

---

Ausgerechnet auf dem sensiblen Feld der Steuer- und Abgabenpolitik sorgt Rot-Grün jetzt wieder für Verunsicherung! Der Vorstoß von Familienministerin Bergmann, Ehepaaren die Steuervorteile beim sogenannten Splitting zu kürzen, ist in Anbetracht von vier Millionen Arbeitslosen alles andere als ein Beitrag für mehr Beschäftigung. Zwar wissen wir jetzt wieder, wer Frau Bergmann ist. Doch der schwachen Konjunktur und den Arbeitslosen wäre mehr geholfen, wenn die Bundesregierung endlich die Steuer- und Abgabenlast senken würde.

Bild

## BERLIN

---

 Jetzt ist es soweit
 

---

„Peking, Havanna, Berlin“, so hatte der CDU-Kandidat Frank Steffel im Wahlkampf

Gründungsjahr 1990

gewarnt, werde die Liste der kommunistisch regierten Metropolen lauten, wenn die PDS an die Macht käme. Jetzt ist es so weit: Die Rechtsnachfolger der führenden Partei der Deutschen Demokratischen Republik regieren in der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Steffels Vision stand offenbar auch der SPD vor Augen, als sie die Präambel der Koalitionsvereinbarung entwarf, die von der PDS weitgehend bestätigt wurde. Sie ist ein Dokument der Angst und zugleich das gültige Manifest, was die Hauptstadt heute ist und sein will: das Gründungspapier einer neuen Berliner Republik.

Frankfurter Allgemeine

## Der stille Triumph alter Genossen

„Auferstanden aus Ruinen“ hießesverheißungsvoll in der ersten Zeile der alten DDR-Hymne. Im zwölften Jahr nach dem Zusammenbruch des ruinösen ostdeutschen Staates und der schnellen Vereinigung werden in die-

sen Stunden manche Genossen im stillen Triumph noch einmal das alte Weihelied der 40 Jahre dauernden SED-Herrschaft anstimmen. Sie werden Gregor Gysi wie einen sozialistischen Helden verehren, der aus Ungerechten Gerechte machte. Der rot-rote Handschlag in Deutschlands Hauptstadt zwischen der SPD und den Erben der SED ist kein gewöhnlicher Vorgang wie sonst wo im Lande, wenn sich politische Koalitionen bilden. In Berlin wurde die Überzeugung zu Grabe getragen, die PDS würde allenfalls als ostdeutsche Regionalpartei überleben und sich irgendwann von selbst erledigen. Ausgerechnet die Sozialdemokraten des Westens, die schwer unter kommunistischer Gewaltherrschaft gelitten haben, öffneten ihr die Tür. Hamburger Abendblatt

## Trübe Formeln

Wochenlang hatten die Präambelschreiber nach den Visionen gesucht, die den rot-roten Koalitionären fehlten. Jetzt haben sie selbst die-

jenigen unangenehm überrascht, die von einer Regierung Gysi-Wowereit gar nichts halten. Völker hört die Signale! Da wird die „Absicht“ unterstrichen, „Politik für das ganze Berlin zu gestalten“; da „will“ man „eine Stadt, in der die Menschen gerne leben“. Wir sagen: Danke! Da will die Regierung „die Nutzung und Akzeptanz des Erfahrungsschatzes der Menschen“, will „die unterschiedlichen Biographien zusammenführen und fruchtbar machen“. Da wird der öffentliche Dienst richtig spannend! Oder spukt da eine totalitäre Sozialpädagogik für Berlin? Die Koalition verspricht noch viel mehr, sogar ihr „Wissen um die Verpflichtung Berlins zu bundesfreundlichem Verhalten“ und die Zugehörigkeit zum „nordatlantischen Bündnis“. Das ist neu: Noch nie hatte eine Landesregierung es nötig gehabt, so etwas zu erklären! Verräterische Phrasen! Der Subtext signalisiert, dass mit der PDS das Selbstverständliche infrage steht: die Einheit Berlins, die Westorientierung. Die Zeit

NOT LINDERN!

## Helfen Sie mit Ihrem ausländischen Münzgeld

**Sand in den Schuhen und fremde Münzen im Portemonnaie – mit diesen „Souvenirs“ kehren viele aus dem Urlaub im Ausland zurück. Doch wohin mit den Münzen und Banknoten aus den europäischen Ländern, in denen am 1. Januar ebenfalls der Euro eingeführt wurde?**

Banknoten aus den Ländern der Eurozone tauschen die Landeszentralbanken bis zum 31. März 2002 kostenlos um. Schwierig wird es

mit den Münzen: Als einziges Institut kauft die Deutsche Reisebank – mindestens bis zum 28. Februar 2002 – Münzen zurück. Dabei verlangt sie allerdings einen Abschlag in Höhe von 30 Prozent.

**Unsere Bitte an Sie:** Helfen Sie anderen mit Ihren europäischen „Schlafmünzen“. Viele Hilfsorganisationen freuen sich über Ihre Lire, Gulden und Peseten: Caritas International sammelt zum Beispiel Münzen

aller Euroländer für Entwicklungshilfeprojekte, die Commerzbank nimmt in ihren Filialen Münzen für die Deutsche Kinderkrebshilfe entgegen. Achten Sie in Geschäften und Banken auf die Sammelbehälter der Organisationen. Auch die Landeszentralbanken nehmen die ausländischen Münzen nur als Spende an und geben sie an karitative Einrichtungen wie Caritas und Deutsches Rotes Kreuz weiter.

Wenn Sie Ihre alten DM-„Schlafmünzen“ und Ihr ausländisches Münzgeld an die Welthungerhilfe spenden möchten: Senden Sie Ihre Münzen – gut verpackt – per Post an die Deutsche Welthungerhilfe, z.Hd. Herrn Nils Huhn, Adenauerallee 134, 53113 Bonn. Übrigens: Auch Ihre alten Telefonkarten und Briefmarken mit Wertkennzeichnung in DM nimmt die Welthungerhilfe gerne als Spende entgegen.

### AFGHANISTAN - HILFE

## Gemeinsam Leben retten

■ Die Menschen in Afghanistan brauchen jetzt unsere Hilfe. Millionen sind noch immer auf der Flucht. Es fehlt ihnen am Allernötigsten. Ohne Hilfe ist das Leben von hundertausend Menschen in Gefahr. Kinder und alte Menschen sind besonders bedroht. ■ Gemeinsam mit der Deutschen Welthungerhilfe ruft die CDU zu einer Spendenaktion für Afghanistan auf. Jede Spende zählt: So kostet eine dicke Decke 13 €, ein Zelt für eine sechsköpfige Familie 50 €, Nahrungsmittel für eine Familie 55 €. ■ Wir bitten Sie: Spenden Sie für unsere Aktion unter dem Stichwort „CDU-Hilfe Afghanistan“. So können wir gemeinsam Leben retten.

**Angela Merkel**

Vorsitzende der  
CDU Deutschlands

**Ingeborg Schäuble**

Vorsitzende der  
Deutschen Welthungerhilfe

<http://>

Informationen zum Euro:  
[www.bundesbank.de/euro](http://www.bundesbank.de/euro)  
[www.aktion-euro.de](http://www.aktion-euro.de)  
[www.schlafmuenzen.de](http://www.schlafmuenzen.de)

# Landesgruppe NRW in der CDU/CSU-Bundestagfraktion im Internet

Seit Mitte November ist nun auch die CDU-Landesgruppe NRW im Bundestag virtuell präsent. Die Landesgruppe ist der Zusammenschluss aller Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Unter [www.cdu-landesgruppe-nrw.de](http://www.cdu-landesgruppe-nrw.de) sind zahlreiche Informationen über die Landesgruppe und ihre Mitglieder erhältlich.

„Das Angebot ist neben den Internet-Nutzern insbesondere als Service für die Parteigliederungen in Nordrhein-Westfalen und natürlich auch für die Medien gedacht“, erläutert Norbert Lammert, Vorsitzender der Landesgruppe NRW im Bundestag, den Schritt ins WorldWideWeb. Nicht zuletzt diene die Homepage auch dem Informationsfluss zwischen den Abgeordnetenbüros, so Lammert weiter.

Auf der Startseite gibt ein Tickerdienst Auskunft über die aktuellen Pressemitteilungen der Abgeordneten der Landesgruppe. Neben einem Verzeichnis, in dem alle Kontaktadressen

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen ist der Zusammenschluss aller CDU-Abgeordneter aus dem Bundesland Nordrhein-Westfalen. Mit 52 Mitgliedern ist sie die größte Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

**Dr. Norbert Lammert**  
Vorsitzender der Landesgruppe

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Top-News**

- Rot-grüne Verleumdungskampagne endlich gescheitert - Birgin hat keine Chance
- Kenntnisse über Schmiergeldzahlungen
- Einlassung zum Pressegespräch zu KombiChn-Modell
- Schröder reagiert auf Stöber nervös - Nur Böhmik und persönliche Herabwürdigungen

**Newsletter**

Tragen Sie sich für den Newsletter ein:

**Die aktuellen Mitteilungen der**

der Abgeordneten aufgeführt sind, besitzt jedes Mitglied der Landesgruppe ein virtuelles Fach, in dem Pressemitteilungen oder Terminhinweise angesammelt werden.

Auf diese Weise können sich Interessierte einen Überblick über die aktuellen oder zurückliegenden Aktivitäten verschaffen. Mühsame Rechercharbeit entfällt auf diese Weise. Wenn man herausfinden will, welches Thema von welchem Abgeordneten bearbeitet wird, erleichtert eine Suchmaschine in diesem Zusam-

menhang die Recherche.

Wenn man sich auf dem Laufenden halten möchte, besteht die Möglichkeit, einen *newsletter* zu abonnieren, der die Meldungen einer Woche zusammenfasst und in der Regel freitags verschickt wird. Die Kategorie „Funktionen der Abgeordneten“ gibt Auskunft darüber, welche Aufgaben derzeit CDU-Abgeordnete aus NRW in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wahrnehmen. Ein Archiv und ein Terminkalender komplettieren diesen Informationspool.

Zukunftsforum Politik



Nr. 30

Aktive Bürger fördern:  
Beispiele vor Ort

Zukunftsforum Politik



Nr. 33

Rentenreform auf dem Prüfstand

Kerstin Liss  
Michael Krüger

Zukunftsforum Politik



Nr. 37

Kinder in besten Händen?  
Bildung von Anfang an!

### BESTELLUNGEN:

- per E-Mail:  
elisabeth.enders@kas.de
- per Fax: 02241/246 294

Bis zu drei Hefte sind kostenlos erhältlich. Ab vier Heften werden drei Euro als Schutzgebühr (inklusive Versandkosten) berechnet.

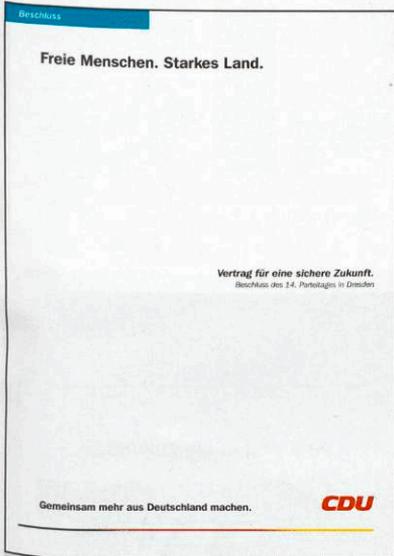


Konrad  
Adenauer-  
Stiftung

## Die neuesten Ausgaben der Broschürenreihe „Zukunftsforum Politik“ der KAS:

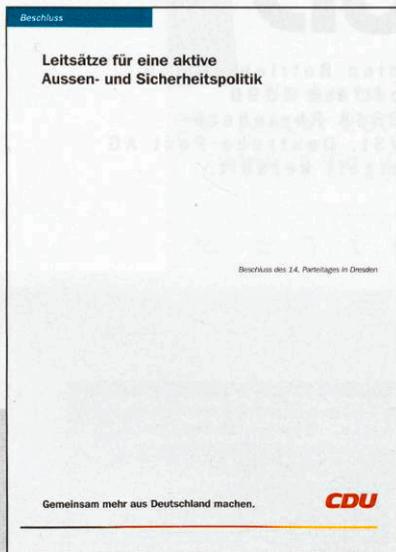
- Soziale Marktwirtschaft stärken – Kerncurriculum Ökonomische Bildung (Heft 26)
- Deutschland und der Nahe und Mittlere Osten (Heft 27)
- 1900 – 2000. „Das Jahrhundert des Kindes“ (Heft 28)
- Afrika in deutschen Medien und Schulbüchern (Heft 29)
- Aktive Bürger fördern: Beispiele vor Ort (Heft 30)
- Glossar Biowissenschaften und Bioethik (Heft 31)
- Die nächste Runde der NATO-

Erweiterung (Heft 32) ■ Die Rentenreform auf dem Prüfstand (Heft 33) ■ Humane Sterbegleitung (Heft 34) ■ Perspektiven der „Grünen Gentechnik“ (Heft 35) ■ Föderalismus in der Diskussion (Heft 36) ■ Kinder in besten Händen? Bildung von Anfang an! (Heft 37) **UD**



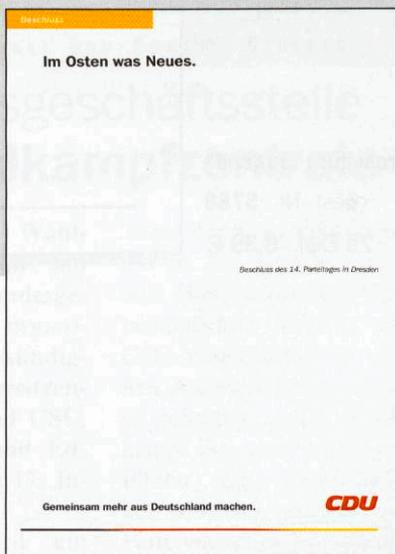
**Beschluss  
„Freie Menschen. Starkes Land“**

Best.-Nr.: **5794**  
10 Expl.: 17,75 €



**Beschluss  
„Aussen und Sicherheitspolitik“**

Best.-Nr.: **5795**  
10 Expl.: 8,90 €



**Beschluss  
„Im Osten was Neues“**

Best.-Nr.: **5796**  
10 Expl.: 5,30 €

# UD

2600-5-42720AKV

481/ 43  
G 8398

Union Betriebs GmH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Pos  
Entgelt bezahlt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

Gegenanzeigen: Kann in Belastungssituationen zu Orientierungslosigkeit, vermindertem Urteilsvermögen und Händezittern führen.



### Postkarte „Rot-Grüne Pille“

Best.-Nr.: 9786

100 Expl.: 6,90 €

Dein Weg in die Zukunft.



Chancen nutzen

### Broschüre „Jugend“

Best.-Nr.: 5788

25 Expl.: 6,39 €

**CDU**

## BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand  
gemäß Versandbedingungen